

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telefax: (0228) 915 20-12 (Redaktion)
915 20-15

Inhalt

Für eine Entwicklungspolitik mit langfristiger Orientierung plädiert Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB.

Seite 1

Eine vollmundige Eurorhetorik und dürftige Leistungen wirft Dr. Klaus Hänsch MdEP der Bundesregierung vor, die demnächst die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt.

Seite 4

Dr. Werner Schuster, Margot von Renesse, Dr. Dietrich Sperling und Joachim Tappe MdBs fordern nach der Bundespräsidentenwahl: Durch die Partei muß ein Ruck gehen.

Seite 5

49. Jahrgang / 100

27. Mai 1994

Die Entwicklungspolitik braucht eine langfristige Orientierung

Plädoyer für ein Gesetz für diesen Bereich

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Ältestenrat des Bundestages hat beschlossen, daß das Parlament in einer einstündigen Debatte über 18 parlamentarische Initiativen zur Entwicklungspolitik befindet. Ich will diese Entscheidung nicht ausführlich kommentieren. Ich verstehe, daß wir - am Ende einer Legislaturperiode - in großem Zeitdruck sind, gebe aber zu bedenken, ob die Zeit, die das Parlament sich für dieses Thema nimmt, der Bedeutung entspricht, welche die Entwicklungspolitik für die Zukunft haben wird.

Eines jedenfalls liegt auf der Hand: aufmerksame Bürger werden uns fragen, ob sich das Parlament nicht all zu wenig Zeit nimmt, um über Bevölkerungswachstum, Armut und globale Umweltzerstörung - alles Fragen, die auch uns betreffen - zu debattieren, ob wir diese Schicksalsfragen wirklich ernst nehmen.

Ein zweites liegt auf der Hand: Wie die Dinge liegen, müssen wir uns in dieser einen Stunde auf wenige Schwerpunkte konzentrieren. Meine Fraktion hat mich deshalb gebeten, für sie in erster Linie das von der SPD eingebrachte Gesetz zur deutschen Entwicklungspolitik zu erläutern und zu begründen.

Die SPD legt dem Bundestag zum ersten Mal in seiner Geschichte ein Gesetz zur Entwicklungspolitik vor. Anders als in anderen Ländern, wie etwa in den USA, Skandinavien, der Schweiz und Österreich, ist die Entwicklungspolitik in Deutschland bisher gesetzlich nicht geregelt. Diese Gesetzeslücke hat mit dazu geführt, daß die Entwicklungspolitik bisher von rasch wechselnden Zielen, schwankenden innenpolitischen Opportunitäten und Interessen sowie einem Mangel an öffentlicher Diskussion und parlamentarischer Kontrolle gekennzeichnet war. Die Entwicklungspolitik war bisher mangels gesetzlicher Grundlage zu oft und zu sehr Spielball und Instrument anderer politischer Interessen, die mit entwicklungspolitischen Zielen oft nichts, oder jedenfalls wenig, zu tun hatten. Dies hat der Entwicklungspolitik geschadet, denn gerade sie bedarf, um wirksam und nachhaltig zu sein, der langfristigen Orientierung, der Stetigkeit und - angesichts der sehr begrenzten Mittel, die zur Verfügung stehen - klarer Prioritäten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemföör-Löngör
müsköörler Röhöör
Recycling-Paper



Die Regierungskoalition hat uns entgegengehalten, ein Gesetz beschränke die Flexibilität entwicklungspolitischen Handelns. Die Welt befinde sich in raschem Wandel, viele Dinge seien im Fluß, man müsse auf neue Anforderungen rasch reagieren können. Das ist wahr, wir erleben dramatische Veränderungen in der Welt und eine zunehmende Differenzierung vor allem auch in den Entwicklungsländern. Aber trifft dies nicht genauso zu für die Umwelt, für die Arbeitswelt, für Gesellschaft und Technologie - in unserem Land und um uns herum? Schaffen wir deshalb unsere Arbeits-, Sozial- und Umweltgesetze ab? Und brauchen wir nicht gerade in der Hektik des Wandels eine Verpflichtung auf Grundwerte und Prioritäten auch zur Regelung unserer internationalen Zusammenarbeit, wenn sie denn verlässlich, also effizient, stetig und nachhaltig sein soll?

Nichts anderes beabsichtigen wir mit der Vorlage unseres Gesetzentwurfes. Wie im Sozial- und Umweltbereich, so brauchen wir auch in der internationalen Zusammenarbeit einen Rahmen, der vom Parlament gesetzt werden muß. Umso eher kann dann die Exekutive schnell und flexibel, ohne zu viel Hineinreden der Legislative im Detail, die entsprechenden Instrumente zielorientiert anpassen. Warum soll in der Entwicklungspolitik alles anders sein?

Die Regierungskoalition kann doch nicht wollen, daß jährlich zehn Milliarden Mark, die wir aus der Tasche des Steuerzahlers für Entwicklungszusammenarbeit nehmen, ausgegeben werden, ohne daß die Volksvertretung - und nicht nur die Regierung und allenfalls der Haushaltsausschuß - die Prioritäten und Grundsätze festlegt, ohne daß darüber eine breitere öffentliche Debatte geführt und, ohne daß die Verwendung dieser Mittel an parlamentarisch gesetzten Zielen gemessen wird.

Alle Sachverständigen, die wir im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit gehört haben, waren sich darüber einig, daß wir ein Gesetz zur deutschen Entwicklungspolitik brauchen.

Welchen Inhalt hat nun der vorliegende Gesetzentwurf der SPD? Ich fasse die wichtigsten Punkte kurz zusammen.

Erstens. Das Gesetz bestimmt, daß die Amutsbekämpfung, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Eindämmung eines sozial und ökologisch nicht vertretbaren Bevölkerungswachstums Priorität unter den entwicklungspolitischen Zielen genießen sollen. Das ist nicht selbstverständlich. Viele Projekte der Vergangenheit wurden ohne Rücksicht auf diese Prioritäten durchgeführt.

Zweitens. Unterstützung von außen muß die eigenständigen Entwicklungsziele anderer Länder und insbesondere die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung berücksichtigen und an den inneren Potentialen der Entwicklungsländer ansetzen. Sie muß sich darauf konzentrieren, die Rahmenbedingungen für eine breite Partizipation und insbesondere für eine Förderung der Frauen zu verbessern. Das ist wiederum keine Selbstverständlichkeit. Viele Projekte und Struktur Anpassungsmaßnahmen haben die breite Bevölkerung nicht erreicht, ja sogar zur Zerstörung innerer Potentiale, zu sozialer Spaltung, verschärfter Armut, zu vermehrtem Bevölkerungsdruck und zu Umweltzerstörung beigetragen.

Drittens. Entwicklungspolitische Leistungen dürfen nicht mit der Gießkanne über alle Entwicklungsländer verteilt werden. Vielmehr soll mit jenen Ländern die Zusammenarbeit besonders intensiviert werden, deren Regierungen selbst besondere Anstrengungen unternehmen, um die sozialen und politischen Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger zu befördern und einen wirtschaftlich effizienten, sozial und ökologisch verträglichen Entwicklungsweg einzuschlagen. Wir wollen die Entwicklungszusammenarbeit nicht zum Hebel einer westlichen Interventions- und Sanktionspolitik machen, sondern zur Unterstützung einer menschenwürdigen Entwicklung einsetzen. Auch das ist keinesfalls selbstverständlich. Auch deutsche Steuergelder sind an menschenverachtende Diktatoren wie Mobutu und Eyadema und an korrupte Eliten geflossen, sicherten deren Prestige und Macht.

Viertens. Entwicklungspolitik darf sich in Zukunft nicht auf Transfer von Kapital und Know-How und auf einzelne Projekte beschränken, sondern muß zur Querschnittsaufgabe der Gesamtpolitik werden. Das heißt, daß wir unseren Einfluß international stärker nutzen müssen, damit Entwicklungsländer in der internationalen Arbeitsteilung gleiche Chancen haben und gezielte Förderung erfahren. Auch das haben wir nicht getan. Protektionismus und eine nur an den eigenen Interessen orientierte Zins- und Währungspolitik haben den Entwicklungsländern oft mehr geschadet als wir mit Transfers geholfen haben. Querschnittsaufgabe heißt aber auch, daß wir mit unserem eigenen Stil des Konsumierens und Produzierens anderen Ländern nicht länger schaden dürfen. Entwicklungspolitik muß auch innenpolitische Konsequenzen haben - im Verbrauch von Ressourcen, vor allem in der Energie- und Verkehrspolitik. War das bisher etwa selbstverständlich?

Fünftens. Wir Deutsche müssen uns noch stärker einbringen in eine gemeinsame internationale Anstrengung, um die Entwicklungspolitik als vorbeugende Friedens- und Sicherheitspolitik durchzusetzen. Wir sollten uns, zum einen, stärker einbringen in Initiativen Europas, der Vereinten Nationen und der Weltbank, zum anderen aber dafür eintreten, daß die internationalen Institutionen - parlamentarisch und öffentlich - stärker kontrolliert werden. Auch hier sage ich: das ist bisher nicht ausreichend geschehen, es ist kurzsichtig, wenn in Teilen der Koalition jetzt sogar eine Re-Nationalisierung der Entwicklungspolitik angestrebt wird. Statt sich selbst an die Brust zu schlagen und zu glauben, die deutschen Initiativen seien die allerbesten oder aber blind auf die internationalen Bürokratien zu vertrauen, sollten wir hier sowohl bessere Unterstützung als auch bessere Kontrolle sicherstellen.

Sechstens. Entwicklungspolitik ist nicht nur Sache des Staates. Für viele Aufgaben fehlt dem Staat nicht nur das Geld, sondern auch die Kompetenz. Wir müssen deshalb verstärkt entwicklungspolitisch sinnvolle private Initiativen ermuntern und unterstützen - bei Nichtregierungsorganisationen, aber auch bei der privaten Wirtschaft. Wiederum: nicht selbstverständlich. Entwicklungspolitik wird noch zu oft vor den Karren nationaler Eigeninteressen gespannt - zu Lasten von Armutsbekämpfung und Umweltschutz. Was wir brauchen, ist nicht eine kurzsichtige Unterordnung der Entwicklungspolitik, sondern ein konstruktiveres Zusammenwirken des Staates mit privater Initiative, allerdings so, daß die Entwicklungspolitik nicht zum Instrument wird, sondern bestimmender Rahmen bleibt.

Dies sind die Grundintentionen unseres Gesetzentwurfes zur Entwicklungspolitik. Damit sie nicht Bekenntnisse und Herzensanliegen bleiben, dürfen sie nicht allein in unverbindlichen Anträgen niedergeschrieben werden. Wir haben schon zu vieles diskutiert und beschlossen, was dann nicht in die Tat umgesetzt wurde. Und weil das so ist, brauchen wir, wie andere Länder, an denen wir uns (wie etwa den USA) orientieren, eine verbindliche rechtliche Grundlage - genauso wie in anderen Politikbereichen. Das ist aber nur mit einem Gesetz zu erreichen. Wir appellieren deshalb an alle Fraktionen in diesem Hause: Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu. Wer dies nicht tut, kommt in den Verdacht, er meine es mit der Entwicklungspolitik nicht wirklich ernst.

Wir Sozialdemokraten wollen, daß wir Entwicklungspolitik aus menschlicher Solidarität betreiben. Dabei verschleiern wir aber nicht, daß Entwicklungspolitik auch im eigenen Interesse ist - wo wir uns darum sorgen müssen, daß Armut, Umwelterstörung und zu schnelles Bevölkerungswachstum, treibende Ursachen von Krieg, Gewalt und Flucht sind, so auch unsere eigenen Lebensgrundlagen gefährden und immer massiver auf uns zurückwirken werden.

Das sollten wir alle übrigens auch im Dauer-Wahlkampf dieses Jahres 1994 nicht verschweigen. Es ist richtig, wenn wir in der politischen Auseinandersetzung uns auf die Fragen konzentrieren, wie wir Arbeit schaffen, soziale Sicherheit erreichen und eine gerechte Lastenverteilung in schwierigerer Zeit bewirken können. Denn, wer die Probleme im eigenen Lande nicht lösen kann - was ist von dem zu erwarten, wenn es um die noch komplizierteren und schwerwiegen-

deren Fragen in der Welt geht. So richtig das aber ist, so dürfen wir Deutsche gerade im Wahlkampf nicht wegsehen, wenn wir Deutsche gefordert sind, einen größeren Teil der Verantwortung für Entwicklung und Frieden in der Welt zu leisten. Wir alle müssen beweisen: Die Deutschen sind kein Volk von Egomane. Die deutschen Parteien sind keine Kartelle bloßer Machterhaltung. Die deutsche Politik dient nicht nur kurzfristigen Eigeninteressen, sondern erkennt globale Entwicklung als Führungsaufgabe.

(-/27. Mai 1994/rs/ks)

Vollmundige Euro rhetorik und dürftige Leistungen

Die Bundesregierung ist auf die EU-Ratspräsidentschaft nicht hinreichend vorbereitet

Von Dr. Klaus Hänsch MdEP
SPD-Spitzenkandidat zu den Europawahlen

Die Bundesregierung, die im zweiten Halbjahr 1994 turnusgemäß die Ratspräsidentschaft übernimmt, ist auf ihre Aufgabe nur halbherzig vorbereitet und ist in ihrer Diskrepanz zwischen vollmundiger Euro rhetorik und ihren dürftigen Leistungen im Alltagsgeschäft kaum zu überbieten. Dieser Mangel an Professionalität wird verständlich angesichts der Tatsache, daß auch in den Augen der Regierungskoalition die Chancen schwinden, diese Präsidentschaft tatsächlich bis zum Ende zu führen.

1. Die Regierung Kohl/Kinkel sabotiert den Europäischen Beschäftigungspakt. Das Herzstück der deutschen Ratspräsidentschaft sollte angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt die Umsetzung des Weißbuchs zu Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit sein, denn hier geht es um Strukturentscheidungen für das 21. Jahrhundert. Die Regierungskoalition sitzt gemeinsam mit der britischen Regierung im Bremserhäuschen und verhindert die Finanzierung von beschäftigungswirksamen öffentlicher Investitionsvorhaben. Statt dessen hat die Bundesregierung als Ablenkungsmanöver von der selbst blockierten zentralen Finanzierungsfrage eine De-regulierungs-Initiative ins Gespräch gebracht, die Unheil verspricht. Bei Lichte betrachtet handelt es sich bei diesem bislang einzig bekannten Beitrag zur Vorbereitung der deutschen Ratspräsidentschaft um ein Armutszeugnis, das schnellstens zurückgezogen und durch einen konstruktiven Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - und somit zur Umsetzung des Weißbuchs - ersetzt werden sollte.

2. Die Regierung Kohl/Kinkel tut nichts für die Armen. Die Blockierung des Armutsprogramms der Gemeinschaft im Rat durch die Bundesregierung, bringt wichtige Projekte in Existenznot. 50 Millionen Menschen leben in Europa unter der Armutsgrenze. Frauen gehören zu den Hauptbetroffenen. Der Verweis der Bundesregierung auf die Länderhoheit ist angesichts der Not der Betroffenen grotesk. Auch in der Bundesrepublik bringt diese Art von "Sozialpolitik" bereits die Kommunen in arge Bedrängnis. Es ist völlig unverständlich, warum Entlastungsprogramme, die nicht nur den Menschen, sondern auch den Kommunen und Ländern zugute kämen, in Europa blockiert werden.

3. Bundeskanzler Kohl und Premierminister Major sind die Bremser der Europäischen Sozialpolitik. Obwohl sich die Bundesregierung gegenüber den Gewerkschaften als sozialpolitischer Vorreiter in Europa ausgibt, tritt sie in Brüssel als Bremser auf und legt bei der Umsetzung der europäischen Richtlinien eine unverständliche Zurückhaltung an den Tag. Zum Beispiel hat sie seit 1992 keine der Gemeinschaftsrichtlinien zum Arbeitsschutz umgesetzt, die eine Verbesserung der Situation der deutschen Arbeitnehmer bedeuten. Mit ihrem Entwurf für ein neues Arbeitszeitgesetz bleibt die Bundesregierung hinter den Anforderungen der europäischen Arbeitszeitrichtlinie zurück. Die Tatsache, daß Bundesminister Blüm die Brüsseler Ministerratssitzungen zu schwänzen pflegt, spricht für sich.

4. Der 'Musterknabe' Bundesrepublik hat in der europäischen Umweltpolitik versagt. Dies betrifft sowohl die Mitwirkung an fortschrittlichen Gesetzen im Rat als auch die Umsetzung beschlossener Richtlinien in die bundesdeutsche Gesetzgebung: Richtlinien über die Ableitung gefährlicher Stoffe in die Gewässer, über Pflanzenschutzmittel, Gewässerschutz, Kennzeichnung gefährlicher Stoffe u.v.a. sind seit Jahren nicht verwirklicht worden und bedrohen auf Dauer die Trinkwasserqualität in der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik ist mehrmals und teilweise wiederholt vom Europäischen Gerichtshof deswegen verurteilt worden. Minister Töpfer ist ein Ankündigungsminister ohne Biß. Ich erwarte von Bundeskanzler Kohl, daß er der unseligen Diskussion um eine Verschlechterung der Trinkwasserrichtlinie ein Ende setzt.

5. Die Verpackungsrichtlinie ist die Bankrotterklärung einer fehlgeleiteten deutschen Umweltpolitik. Die Quotenobergrenzen sind dem dualen System von Minister Töpfer zuzuschreiben: der kräftig subventionierte deutsche Verpackungsmüll überschwemmt die Müllmärkte unserer europäischen Nachbarn und macht deren Anstrengungen zur Müllverwertung zunichte. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, endlich Vermeidung statt Verwertung in den Mittelpunkt ihrer Müllpolitik zu rücken. Nur so können wir eine sinnvolle Regelung auf europäischer Ebene durchsetzen.

6. Die Regierung Kohl/Kinkel hintertreibt den Europäischen Verbraucherschutz. Die verspätete Umsetzung der Pauschalreise-Richtlinie zum 1. November 1994 ist vielen Urlaubern teuer zu stehen gekommen und wird auch in diesem Sommer das Risiko für gestrandete Urlauber nicht verringern. Die Ablehnung der Fernabsatzrichtlinie durch Bonn ist ein neuer Nachweis dieser Grundhaltung.

7. Die Regierung Kohl/Kinkel blockiert eine einheitliche europäische Verkehrssicherheitspolitik, die angesichts der Zahl der Verkehrstoten dringend geboten ist. Sie verhindert eine Festsetzung einheitlicher Promillegrenzen, die Urlauber auf ihrem Weg durch Europa verwirren und die Harmonisierung von Geschwindigkeitsregeln in Europa mit dem Hinweis auf die fehlende Kompetenz in Europa.

8. Die Regierung, die allen voran der Bundesaußenminister, reist durch Osteuropa und verspricht den Reformländern in Mitteleuropa eine schnelle Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Angesagt sind aber keine vollmundigen Versprechungen, die nicht eingehalten werden können, sondern eine pragmatische Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas und die gleichzeitige Durchführung der nötigen Reformen im Inneren der Gemeinschaft. Daß die Argumentation der Regierungskoalition inkonsequent ist, läßt sich an folgendem Beispiel belegen: Einerseits wird die angeblich zu starke Belastung der Bundesrepublik durch die Zahlungen an die Europäische Union beklagt. Andererseits muß der Bundesregierung doch klar sein, daß ohne eine grundlegende Reform der Agrarpolitik der Union, diese Mitgliedschaften nur mit gewaltigen zusätzlichen deutschen Beiträgen an die Union finanziert werden kann.

(-/27. Mai 1994/rs/ks)

Wir wollen das andere Deutschland!

Nach der Bundespräsidentenwahl muß durch die Partei ein Ruck gehen

**Von Dr. Werner Schuster, Margot von Renesse, Dr. Dietrich Sperling und Joachim Tappe
Mitglieder des Deutschen Bundestages**

Das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl - nüchtern - analysiert, führt uns zu folgenden Erkenntnissen.

Rein rechnerisch stand das Ergebnis schon lange vor der eigentlich Wahl in Berlin fest: Zu eindeutig waren die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung. Wer sich mehr für Jo-

Johannes Rau versprochen hatte, hoffte auf ein Wunder. Daß es solche Wunder auch in der Politik gibt, belegen u.a. die unerwartete deutsche Einheit oder das unerwartete Ende der Apartheid in Südafrika.

Es war Helmut Kohl, welcher sich das Amt des Bundespräsidenten zur Beute gemacht hat - wider allem verfassungsmäßigem Selbstverständnis. Es war Kohl, der Steffen Heilmann aus Dresden nominierte, ihn anschließend fallen ließ und dann Roman Herzog aus dem Hut zauberte. Diesem unsäglichen Verfahren haben sich dann widerspruchslos alle Delegierten von CDU/CSU und zwei Drittel der FDP mehr oder minder blindlings unterworfen, da nach zwölf Jahren konservativ-liberaler Regierung alle Fleischöpfe dieser Republik nur über Helmut Kohl zugänglich geworden sind.

Roman Herzog wird sein Amt - so erwarten wir - verantwortungsbewußt und souverän ausüben. Nach den Mißverständlichkeiten seiner ersten Rede im Reichstag nehmen wir seine klarstellenden Worte vom 25. Mai 1994 zu Rechtsradikalismus und Umgang mit dem Begriff "Nation" mit Erleichterung zur Kenntnis. Der neugewählte Präsident wird dann bemüht sein müssen, das nach wie vor gesplittete Deutschland verbindend zu repräsentieren. Dies liberal, sozial und ökologisch verpflichtend zu tun, mag für ihn angesichts seiner Persönlichkeit und seines Werdegangs schwierig sein.

Man wird von ihm nicht verlangen können, sich in dieser Hinsicht an seinem Vorgänger Richard von Weizsäcker messen zu lassen.

Dies hat der Bundeskanzler bewußt so haben wollen. Damit hat die SPD eine weitere Chance, sich konsequent als Partei mit liberalem Profil kenntlich zu machen. Die SPD muß jetzt die richtigen Signale setzen, in Inhalt und Sprache.

Gefragt ist eine Politik für alle Menschen. Das schließt die sozial Benachteiligten, die Behinderten, die Alten, die Ausgegrenzten und die Ausländer mit ein. Wir Sozialdemokraten müssen uns auch als Lobby der Menschen verstehen, die keine Lobby haben!

Eine stromlinienförmige Gesellschaft verliert die notwendige Kreativität und verpaßt den Weg in die Zukunft. Unterschiedlichkeit und Pluralismus sind wünschenswerte Strukturkriterien einer weitoffenen Gesellschaft, die wir dringend brauchen.

Kohl und Kinkel wollen die Restauration, das Festschreiben des ewig Gestrigen. Die SPD will den verantwortungsbewußten Weg ins Jahr 2000.

Johannes Rau will eine Gesellschaft mit offenen Fenstern - mit dem Risiko, daß beim Durchlüften auch Türen knallen. Diesem "Wind of Change" fühlen sich Sozialdemokraten verpflichtet.

Mit Rau hat der Kandidat der Mehrheit der Bevölkerung verloren. Das muß die SPD darin bestärken, sich für mehr Bürgerbeteiligung einzusetzen. Was wir brauchen, ist nicht ein Kanzler, welcher seine Umgebung zu Marionetten degradiert, sondern eine Bürgerbewegung von unten nach oben oder wie es Willy Brandt einst formulierte "Mehr Demokratie wagen".

Für die SPD bedeutet dies gleichzeitig,

- daß sie mutig ihre Perspektiven für das zweite Jahrtausend formuliert und vertritt
- daß sie sich bewußt bleibt, daß nur deutlich unterscheidbare Produkte im Wettbewerb der Wählergunst eine realistische Chance haben
- daß nach wie vor die alte Fußballweisheit gilt: Elf noch so talentierte Einzelspieler machen noch kein Winning-Team. Das mannschaftsdienende "Wir-Gefühl" ist zusätzlich unabdingbar.

So die scheinbare Niederlage von Johannes Rau verarbeitet, muß jetzt durch die SPD und ihre 900.000 Mitglieder ein Ruck gehen: Wir wollen das andere Deutschland!

(-/27. Mai 1994/rs/ks)
